

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Anfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Nr. 294

Montag, den 17. Dezember 1923

51. Jahrgang.

Der deutsche Schritt in Paris.

Wirtschaftsminister v. Hoesch erklärte sich am Sonnabend des 16. von der deutschen Regierung erteilten Auftrages, den französischen Ministerpräsidenten um die Aufnahme von Verhandlungen zu ersuchen. Zu der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers v. Hoesch mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré berichtet Hoesch, die Unterredung habe nur eine Viertelstunde gedauert. Die Besprechung sei allgemeiner Art gewesen. Wirtschaftsminister v. Hoesch habe erklärt, er sei von seiner Regierung beauftragt, sich mit dem französischen Ministerpräsidenten über das Ruhrgebiet und die Rheinlande im Hinblick auf die Wiederherstellung einer regulären Verwaltungsorganisation zu besprechen. Er habe zu diesem Zweck die Bildung einer Kommission vorgeschlagen, in der Vertreter beider Regierungen, die die Wiederherstellung der Verwaltung betreffen, zu befragen. Poincaré habe Wirtschaftsminister v. Hoesch erwidert, daß er jetzt, wo der passive Widerstand im Ruhrgebiet besteht, die Erklärung, welche die deutsche Regierung erteilt, sei es des Geschäftsträgers, sei es des Ministerpräsidenten, wenn die deutsche Regierung einen solchen in Paris wieder ernenne, ihm abzugeben hätten, mit Interesse aufzunehmen. Um jedem Interpellationsfehler vorzubeugen, hat Poincaré v. Hoesch gebeten, ihm eine schriftliche Note zu übermitteln, in welcher der Standpunkt seiner Regierung auseinandergesetzt werde. Herr von Hoesch habe versprochen, dem Ministerpräsidenten in aller Kürze ein derartiges Schriftstück zu übersenden. Indessen habe Poincaré geglaubt, unverzüglich die allgemeine Auffassung, von der die französische Regierung sich in ihrer Haltung bei den Unterhandlungen ferner bestimmen lasse, präzisieren zu müssen. Aus dem Friedensvertrag stünden der Reparationskommission Kompetenzen und Vollmachten zu, die weder erhöht noch aufgehoben werden könnten. Was das Ruhrgebiet anlangt, so werde Frankreich der Bezahlung der Reparationen von Seiten Deutschlands aufgeben, und es könne seinen Beamten an Ort und Stelle im besetzten Gebiet nicht ihre Zuständigkeit nehmen. Schließlich könne von einer Verringerung der Bedingungen nicht die Rede sein, welche für die Rheinlandkommission bei der Verwaltung der Rheinlande maßgebend seien. Wie man erkenne, trage die Unterredung nur den Charakter einer Vorverhandlung. Erst später werde sie normale Entscheidung nehmen.

In Brüssel wurde der dortige Vertreter in gleicher Weise vortrefflich wie v. Hoesch in Paris. Nach Meldungen aus Brüssel werden die Erklärungen des deutschen Geschäftsträgers am Montag nachmittag von der Regierung in einem Kabinettsrat geprüft werden.

Der Auftrag des deutschen Geschäftsträgers.

Zu dem neuen Schritt der deutschen Regierung bei der französischen und belgischen Regierung wird dem „W.T.V.“ von der zuständigen Seite mitgeteilt, daß die deutschen Geschäftsträger in Paris und Brüssel beauftragt worden sind, folgendes darzulegen: Da jetzt von französischer und belgischer Seite das Ende des passiven Widerstandes gegeben sei, siehe nach den früheren Erklärungen der beiden Regierungen einer grundsätzlichen Erörterung der Reparationsfrage, wie der Rhein- und Ruhrfrage nichts mehr im Wege. Wenn Deutschland auch alles tun wolle, um die Tätigkeit der beiden Komitees der Reparationskommission fruchtbringend zu gestalten, so könne doch eine wirkliche Lösung nur in einer unter Beteiligung aller interessierten Mächte herbeigeführten radikalen Neuordnung der Reparationsfrage einschließlich der Rhein- und Ruhrfrage gesehen werden. Zu diesem Zweck schlägt die deutsche Regierung einen Gedankenaustausch von Regierung zu Regierung als besonders dringlich vor, weil schließlich Klarheit über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten geschaffen werden muß. Es sei zweifelhaft, ob die Reichsbahn die Verträge mit den Besatzungsbehörden durchführen könne, und es bedürfe auch die Frage der Wiederherstellung der deutschen Verwaltung und des wirtschaftlichen

Verkehrs der besetzten Gebiete mit dem unbesetzten Deutschland einer Regelung, ohne die eine Gesundung der Reichsfinanzen und damit eine Regelung der Reparationsfrage undenkbar sei. Nach einer vorläufigen Mitteilung des Geschäftsträgers aus Paris hat Poincaré diesen Gedanken, seine mündlichen Ausführungen durch eine schriftliche Aufzeichnung zu ergänzen. Diese ist dem französischen Ministerpräsidenten im Laufe des Sonntags nachmittag zugeestellt worden.

Die Antwort der französischen Regierung.

auf die Demarche des deutschen Geschäftsträgers vom Sonnabend wurde gestern Abend 9 Uhr überreicht. Nach der Habasagentur stellt Poincaré darin fest, daß er jetzt, nachdem der passive Widerstand beendet zu sein scheint, jederzeit geneigt sei, sich mit dem offiziellen Vertreter der deutschen Regierung über alle Fragen zu besprechen, mit denen dieser ihn zu befragen wünsche. Was die Reparationen betreffe, so werde die französische Regierung, wie sie bereits häufig erklärt habe, weder an die durch den Friedensvertrag eingesetzte Kommission ihrer Kompetenzen entkleiden, noch einer Regelung zustimmen, die nicht streng dem Friedensvertrag entspreche. Was die Festlegung eines Modus vivendi im Ruhrgebiet oder im als besetzten Rheinland angeht, so sei Poincaré durchaus geneigt, die Vorschläge der deutschen Regierung anzuhören. Er wäre namentlich bereit, zu allen Unterhandlungen bezüglich der Währungsfragen mit den Industriellen bezüglich der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens und bezüglich der Verwaltungsfragen. Voraussetzung sei dabei, daß die französische Regierung ihr unbedingtes Recht wahre, die Rückkehr gewisser ausgewiesener Personen, nach Prüfung der Einzelfälle zuzulassen. Poincaré erklärte zum Schluß, daß die internationalisierte Militärkontrollkommission ihre regelmäßige Tätigkeit noch nicht wieder aufnehmen können und daß dementsprechend Deutschland nicht behaupten könne, daß es den Friedensvertrag loyal durchführe.

Wie Habas mitteilt, sind die belgische und die französische Regierung sich über den allgemeinen Sinn der auf die deutschen Demarchen in Paris und Brüssel zu erteilenden Antworten völlig einig. Temps will sogar wissen, daß beide denselben Wortlaut haben.

Eine deutsche Note für die notwendigen Existenzbedingungen.

(W) In einer vom Vorsitzenden der Kriegslastenkommission Staatssekretär Fischer der Reparationskommission überreichten Note bittet die deutsche Regierung, eine grundsätzliche Erklärung in der Richtung abzugeben, daß für einen für den Ankauf von Brotgetreide und Fett bestimmten jährlichen Kredit in Höhe von 70 Millionen Dollars gemäß § 151 des Versailler Vertrages der Vorrang vor den Reparationsverpflichtungen eingeräumt werde. Die Note betont, daß die Getreideankäufe im Ausland zwecks Verteilung im Inlande und die Einfuhr nicht aufgehoben werden könnten, bis die inländischen Getreidevorräte aufgebraucht seien, und daß für den Ankauf von 1½ Millionen Tonnen Getreide, sowie von monatlich 10 000 Tonnen Fett ausländischer Kredit unerlässlich sei, der, wie sich aus den Kreditverhandlungen ergeben habe, unter der Voraussetzung gegeben werde, daß diesem Kredit die Priorität eingeräumt werde. Nach dem in der Note erwähnten Artikel 151 haben die Kosten der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln den Vorrang in dem Maße und unter den Bedingungen, die von den alliierten und assoziierten Mächten festgelegt werden. Die Reparationskommission kann also zeigen, daß sie dem deutschen Volk die notwendigen Existenzbedingungen gewähren und damit die Voraussetzungen zur Wiederherstellung der Reparationsfähigkeit schaffen will.

Preussischer Landtag.

(Sitzung vom 15. Dezember.) Auf der Tagesordnung stehen u. a. die erlassenen Anordnungen steuerlicher Art, darunter die neue Gewerbesteuer. Abg. Menzel (D.M.) wendet sich gegen diese. Die Verabschiedung einer derartigen Verordnung durch den ständigen Ausschuss entspreche nicht der Verfassung. Auch sachliche Bedenken prägen gegen die Vorlage. Wir lehnen es auch ab, daß Genossenschaften und andere Konsumvereine ein steuerliches Sonderrecht bekommen. Der nächste Landtag, der ja wohl eine andere Zusammenfassung zeigen wird, wird hoffentlich Besseres schaffen. — Abg. Fries (Soz.) tritt diesen Ausführungen entgegen. — Abg. Kölsch (Zentr.) erklärt, nur unter dem Druck der Zwangslage würde die Mehrheit des Zentrums der Verordnung zustimmen. Ein Teil der Fraktion sei dagegen. — Abg. Grundmann (D.M.) bezeichnet es als eine Ungerechtigkeit, daß die Konsumvereine von der Steuer befreit werden. Andererseits enthalte die Vorlage so viele Verbesserungen, daß die Volkspartei ihr zustimmen werde. — Abg. Schulz-Neudöhl (Komm.) stieß in der Neuordnung der Gewerbesteuer auf dem Verordnungswege einen Verfassungsbruch. Die Kommunisten würden die Vorlage ablehnen. — Abg. Höpfer-Aschhoff (Dem.) beantragt die Einfügung einer Bestimmung, wonach die Zuschläge für Gewerbesteuer einen bestimmten Verhältnisanteil des gesamten Steuerertrages der Gemeinde nicht übersteigen dürfen. In der vorliegenden Fassung müßten die Demokraten den Entwurf ablehnen. — In namentlicher Abstimmung wird die Verordnung in 2. und 3. Lesung mit 127 gegen 110 Stimmen genehmigt.

Zur Erörterung des Gesetzentwurfes über die Verringerung der Dienst- und Besoldungsbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten verliest Abg. Limberg (Soz.) dazu eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: Die ungünstige Finanzlage des Reiches und der Länder sei durch die mangelhafte Besteuerung des Besten verschuldet. Die Sozialdemokratie könne den unzureichenden Besoldungsfragen nur unter der Voraussetzung zustimmen, daß schleunigst eine wesentliche Erhöhung erfolge. — Abg. Baumhoff (Zentr.) verliest eine Erklärung des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen demokratischen Partei, daß die vorgeschlagenen Bezüge insbesondere in den unteren Besoldungsgruppen und für die Ruhegehaltsempfänger, Wartegeldeempfänger und Hinterbliebenen völlig unzureichend seien. Dem Gesetzentwurf geben sie nur unter schweren Bedenken ihre Zustimmung. Sie erwarten aber, daß die der Beamtenschaft auferlegten großen Opfer nur von kurzer Dauer sein werden. — Abg. Ebersbach (D.M.) beantragt eine sofortige Verbesserung der Beamtenbezüge. Die Mittel müßten durch organisatorische Neuerungen und Sparmaßnahmen gewonnen werden. Mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Ersetzung der Sachwerte sei nichts anzufangen. — Der preussische Finanzminister Dr. von Richter erwidert: Von deutscherseits sei nicht ein einziger positiver Vorschlag gemacht worden für die Befreiung der Mittel. Die Deutschnationalen hätten vielmehr die meisten Steuern abgelehnt. Wer die Grundsteuer ablehnt, kann der Regierung keinen Vorschlag auf unzureichende Besoldungsfrage machen. Wir sehen diese Vorlage nur als eine Notregelung für eine kurze Übergangszeit an, bei Verringerung der Finanzlage werden wir die Gehälter erhöhen. (Beifall.) — Abg. Schottka (Komm.) verurteilt die Vorlage. — Darauf wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Wahltag für die allgemeinen Gemeindevahlen. Nach der Vorlage sollen die kommenden Wahlen bis zum 4. Mai 1924 stattfinden. — Abg. Lüdtke (D.M.) bekämpft die Vorlage, die wiederum keinen bestimmten Wahltag bringe. Die Deutschnationalen beantragen als Wahltag den 24. Februar 1924. — Abg. von Churn (D. Vpt.) wendet sich gegen die von den Sozialdemokraten mit Unterstützung des Zentrums gewünschte Aufhebung der Gemeindevahlen. Der ursprüngliche vorgesehene 2. März als Wahltag solle festgehalten werden. — Abg. Kay (Komm.) erklärt, die Feigheit der Sozialdemokraten sei so groß, daß sie den Tag der Wahlen immer weiter hinausschieben wollten. — Die Vorlage wird gegen die Rechte und die äußerste Linke angenommen. — Der Antrag der Deutschnationalen ist inzwischen dahin abgeändert worden, daß die Wahlen im März stattfinden sollen. Der Antrag wird abgelehnt.

Die Schulabstimmung über die Vorlage in dritter Lesung ist auf deutschnationalen Antrag namentlich. In ihr beteiligten sich nur 146 Mitglieder. Das Haus ist also beschlußunfähig. Nächste Sitzung: Montag.

Zur Beamtenabbauperordnung.

Der Herr-Ausschuß des Reichstages beendete gestern seine Beratungen über die Beamtenabbauperordnung. Unter anderem beschloß der Ausschuss bei der Regierung dahin zu wirken, daß der Absatz zwei des § 1 Artikel 13 gestrichen werden möge, der vorsieht, daß der monatlichen Kündigung entgegenstehende gesetzliche oder vereinbarte Anstellungsbedingungen mit der Beförderung außer Kraft treten, damit kürzere Kündigungsfristen wirksam bleiben. Der Ausschuss beschloß ferner, daß mit der Ueber-

wachung der Durchführung der Personalabbaumaßnahmen ein Ausschuss bestehend aus 7 Mitgliedern des Reichstages betraut werden müsse.

Die Löhne im Steinkohlenbergbau.

Das unbesetzte Gebiet für die Woche vom 10. bis 17. Dezember wurden durch einen vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß wie folgt festgelegt: Für Oberschlesien auf 3 Goldmark je Schicht, für Niederschlesien auf 2,50 Goldmark je Schicht, für Sachsen auf 2,70 Gm. je Schicht. Hinzutreten für die einzelnen Betriebe für jede in der vorerwähnten Woche verarbeitete Schicht Zulagen von 735 bis 950 Millionen Mark sowie mit Rücksicht auf die bevorstehende Mehrarbeit eine einmalige Ernährungszulage von 1,7 bzw. 1 Million Mark.

Erhöhung der Kohlenabgabe — Ermäßigung der Kohlensteuer.

(W) Nach einer Habasmeldung aus Düsseldorf wird ab 17. Dezember Italien auf Grund des zwischen den alliierten Regierungen geschlossenen Abkommens seinen Anteil an den kostenlosen Kohlenlieferungen für Frankreich und Belgien erhalten, weshalb der Prozentsatz der den Industriellen obliegenden Lieferungen von dem genannten Tage von 18 auf 23% erhöht werde. Zum Ausgleich dafür sei eine Herabsetzung der Kohlensteuer von 10 auf 8 Francs für die verkaufte Tonne Kohlen zugelassen worden. Diese letztere Verringerung habe keine neuen Verhandlungen notwendig gemacht, da sie im Anhang 2 des von den Vertretern des Bergbauvereins unterzeichneten Abkommens vorgesehen gewesen sei für den Fall, daß die deutsche Regierung ihre Zahlungen für die Kohlenlieferungen an Italien einstelle.

Lloyd George zur innerpolitischen Lage Englands.

(W) Lloyd George besaß sich am dem Zeitungsartikel im Daily Chronicle mit dem nächsten Schritt in der innerpolitischen Lage. Er tritt für ein Misstrauensvotum gegen die Regierung beim Zusammentritt des Unterhauses ein und ist der Ansicht, eine Arbeiterregierung sei unvermeidlich. Der äußerste Mispredit, in dem die Regierung durch ihre törichte Verhandlung der auswärtigen Angelegenheiten geraten sei und die darauf folgende Verminderung des englischen Ansehens in der Welt hätten viel zur Wahlverlängerung der Konservativen beigetragen. Jetzt sei keine Partei stark genug, um ohne Unterstützung oder wenigstens Zustimmung einer anderen Partei zu regieren. Das Koalitionsexperiment könne nicht erneuert werden. Eine Koalition zwischen Liberalen und Konservativen oder Liberalen und Arbeitern komme nicht infrage. Jede Frage eines Zusammenwirkens zwischen Konservativen und Liberalen müsse als abgetan gelten. Die dringende Frage, sei, ob die Arbeiterpartei, wenn sie die Verantwortung trage, ihre aufstrebenden Doktrinen in die Praxis umsetzen oder die revolutionäre Fackel auslöschen werde. Das wesentliche unter der augenblicklichen Umständen sei jedoch, daß die sozialistische Presse nicht ohne liberale Zustimmung regieren könne. Ein großer Teil des Arbeiterprogramms sei identisch mit der liberalen. neun Zehntel der Mitglieder der Arbeiterpartei würden froh sein, die notwendige Beschränkung mit der Tatsache zu erklären, daß die Partei eine Minderheit im Hause darstelle und daß daher die Forderung der Vermögensabgabe und die Verstaatlichung der Hausindustrie aufgeschoben und andere Maßnahmen den Vorrang erhalten müßten, die dann die Liberalen herzlich gern unterstützen würden.

Der Eisenbahnverkehr in der englisch-besetzten Zone.

(W) Habas berichtet aus Koblenz, Sonnabend sei ein Übereinkommen zwischen den französischen, belgischen und britischen Delegierten über den Eisenbahnverkehr in der britisch-besetzten Zone getroffen worden. Das Abkommen sei unter Vorbehalt abgeschlossen worden und müsse erst noch die Zustimmung der Rheinlandkommission und der deutschen Behörden finden.

Kleine Nachrichten.

Der Reichspostminister hat von der ihm erteilten Befugnis, bei der jetzt zur Durchführung kommenden Umstellung des Postschaffers von Rentenmark für die Umrechnung der auf den Konten vorhandenen Guthaben in Rentenmark eine Höchstgrenze festzusetzen, keinen Gebrauch gemacht. Die Guthaben werden also in voller Höhe in Rentenmark umgerechnet.

Die witterliche Beobachtung. Im Hinblick auf die kalte, bei langer gleichmäßig neben dem Kaffeewasser. Köstlich gekochte, wie die kalte, nach vielstündigem Kochen bis zum Sieden, nun noch. Cui Gutes zum Fest der Das Vorbringen der Ostsee. Den Hochmittagsbrot dieses Jahres sind diese Stücke lag vor Schlußputzen eine 1½

Westfalen und Rheinland.

Ramen, 17. Dez. (Verfälschtes.) Von zünftiger Stelle wird uns geschrieben: Mit Ablauf des 7. Dezember 1923 ist die Verordnung des Militärbehörden vom 27. Okt. 1923 betr. Milchverfälschung aufgehoben worden. Damit tritt nicht etwa die freie Milchverfälschung ein, vielmehr bleiben die Verordnungen aufrecht erhalten, wie sie vor Erlass der Verordnung bestanden. Die Milchpreise für Milch werden wieder wie früher von dem Milchpreisausschuß festgesetzt. Der Butteraufschlag ist nach wie vor mit Erlaubnis des Oberpräsidenten gestattet. Landwirte, die unter Verletzung ihrer Milchlieferungsverpflichtung Milch unter Verletzung ihrer Milchlieferungsverpflichtung wegen der besseren Verwertbarkeit der Butter Milch verbuttern, verstoßen gegen Ziffer 5 der Verordnung des Militärbehörden vom 22. Oktober 1923 und machen sich strafbar. Außerdem unterliegen die aus der Verletzung der Verordnungen hergestellten Erzeugnisse der Verfolgung zum Zwecke der Einziehung.

Der Dollar nach der amtlichen Notierung vom Sonnabend — 4 189 500 000 000 bis 4 210 500 000 000, das englische Pfund — 18 354 000 000 000 — 18 446 000 000 000, der holl. Gulden — 1 586 000 000 000 — 1 604 000 000 000, der schweizerische Franken — 730 170 000 000 bis 738 830 000 000, der französische Franken — 225 425 000 000 — 236 465 000 000.

Die Entschädigung der künftigen Betriebswerte für November ist jetzt in Zahlung gegeben worden. Näheres ist auf der Bekanntmachung in heutiger Nummer zu erfahren.

(Wohnungsveränderungen melden.) Wie uns die hiesige Polizeiverwaltung mitteilt, wird in letzter Zeit wieder vielfach gegen die Meldevorschriften verstoßen und haben deswegen des öfteren Verhaftungen stattgefunden. Bei nicht vorchriftsmäßiger An-, Ab- oder Ummeldung machen sich auch die Koll- und Hauswirte mit strafbar. Zwecks Vermeidung einer Verhaftung machen wir wiederholt auf die erwähnten Meldevorschriften aufmerksam. Dieselben sind im Einwohner-Meldeamt — Kirchstraße 5 — zum Auszug gebracht.

(Wechselsteuer.) Durch Verfügung des Herrn Präsidenten des Landesfinanzamtes in Münster vom 6. ds. Mts. ist das Zollamt in Münster-Königsborn für die Veranrechnung der Wechselsteuer zur Hilfsstelle des Finanzamtes Hamm bestellt.

(Wichtig für Unfallrentenempfänger der Sektoren A und B.) Die Sektion 6 vorgenannter Berufsvereinschaft läßt ihre Rentenempfänger darauf aufmerksam machen, daß vom 1. Januar 1924 ab die Postanstalten für die Rentenentlastung nur noch gegen Quittungen zahlen werden, die oben links die Sektionsbezeichnung „Sektion 6“ in roter Schrift tragen. Die neuen Formulare können im Geschäftszimmer der Sektion 6, Dortmund, Poststraße Nr. 8, oder im Büro der Krankenkasse desjenigen Werkes, in dem sich der in Betracht kommende Unfall ereignet hat, in Empfang genommen werden.

(Der Steuerabzug.) Dem Reichsanzeiger zufolge beträgt die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesene Ermäßigungszahl beim Steuerabzug zu vervielfachen ist, für die Zeit vom 16. bis 22. Dezember einschließlich bei jeder bis zum 22. Dezember erfolgten Zahlung 0,8 bis zum 22. Dezember fällig gewordenen Arbeitslohn 650 000.

Zum Anschluß an die Reichsbahn werden folgende Personenzüge der Reichsbahn zwischen Oberaden und Lünen-Süd gefahren: Züge 1926, 1911, 1902, 1901, 1906, 1905, 1902, 1907, 1908, 1909, Fahrplan für 1926 und 1902 bis Oberaden unbedändert: 1926 ab 6.19, an Lünen-Süd 6.25 und Zug 1902 ab 7.56, an Lünen-Süd 8.02. Zug 1906 verkehrt Hamm ab 12.28, Bielefeld 12.33/37, Bergkamen-Berne 12.46/47, Oberaden 12.55/56, Lünen-Süd 1.02 an. Zug 1912 Hamm ab 4.40, Bielefeld 4.43/49, Bergkamen-Berne 4.58/59, Oberaden 5.08/09, Lünen-Süd 5.14 an. Zug 1908 Hamm ab 3.50, Bielefeld 3.53/59, Bergkamen-Berne 4.03/09, Oberaden 4.17/18, Lünen-Süd 4.24 an. Fahrplan Lünen: Zug 1911 ab Lünen-Süd 6.33, an Oberaden 6.39, Zug 1905 ab Lünen-Süd 1.17, an Oberaden 1.23, Zug 1907 ab Lünen-Süd 5.33, an Oberaden 5.39. Fahrplan der Züge 1911, 1905, 1907 ab Oberaden unbedändert. Zug 1901 verkehrt Lünen-Süd ab 8.40, Oberaden 8.46/47, Bergkamen-Berne 8.56/57, Bielefeld 9.06/07, Hamm an 9.15. Zug 1909 Lünen-Süd ab 8.29, Oberaden 8.35/33, Bergkamen-Berne 8.45/46, Bielefeld 8.55/56, Hamm an 9.04. Die Fahrpläne für Züge 694, 693, 1914, 1915, 1910 und 1913 bleiben unverändert.

Die Dortmunder Straßenbahnen haben eine Herabsetzung der Fahrpreise vorgenommen, nach der eine Zehlfache 200 Milliarden und jede weitere 100 Milliarden mehr kostet.

Dortmund, 15. Dez. (Verkehr des Zugverkehrs in das unbefetzte Gebiet und von dort.) In den nächsten Tagen werden die Zugkontrollen der Personenzüge in Scharnhorst und Brädel ihr Ende nehmen. Die Kontrollen werden dann auf dem Hauptbahnhof Dortmund und auf dem Bahnhof Dortmund-Süd stattfinden. Dadurch wird der lästige oft stundenlange Aufenthalt auf der Fahrt in das unbefetzte Deutschland und zum Ruhrgebiet in Zukunft beseitigt; die Züge werden schrankenmäßig verkehren und ihre Anschlüsse nicht mehr verpassen. Es sind von der französischen Besatzungsmacht bereits Vorkehrungen getroffen worden, daß diese Verbindung zum Wesen schon in den nächsten Tagen sich vollziehen kann. Die Regelung des Postverkehrs zwischen dem besetzten und unbefetzten Gebiet wird nach neuer Bestimmungen für das Postamt Bielefeld erfolgen, als in einer kürzlich herausgegebenen Verfügung vorgegeben war.

Es brauchen nicht die gesamten in das besetzte Gebiet herein- und aus dem besetzten Gebiet herausgehenden Pakete nach Düsseldorf geleitet werden, sondern es erfolgt nach Einreichung einer Postkarte im hiesigen Hauptpostamt die Postabfertigung unmittelbar am Bestimmungsort bzw. Ausgangsort.

Dortmund, 15. Dezember. (Verfälschtes.) Die Klage der Westfälischen Kohlenhandels-Gesellschaft gegen die Stadt Dortmund wegen Heranziehung zur Gewerbesteuer für 1922 ist vom Bezirksauschuß zu Arnsberg anzuweisen und die Kosten der Gesellschaft auferlegt worden. Die Klage stützte sich auf Ungültigkeit der städtischen Gewerbesteuer-Ordnung. — Aus einem Geschäft am Hohenhofweg wurden für 355 Billionen n. W. Scheine und Bolkwaren gestohlen. — Einem Landwirt stahlen Einbrecher mehrere Geflügel, Gänse und Enten. Die Tiere durchdrangen die Hauswand und schlüpfen die Tiere an Ort und Stelle ab. — Weiter wurden eine neue Reihe von Einbruchdiebstählen zur Anzeige gebracht und von der Polizei acht Personen, als verdächtig, Fahrradkladestahle ausgeführt zu haben, verhaftet. — Die Unfallsicherheit nimmt in unserer Stadt bedenklich zu. Vorgefunden wurde schon wieder ein Geschäftsinhaber von einer Räuberbande überfallen und sein Laden geplündert. In das Geschäft eines Metzgermeisters in der Körnerstraße drangen 10 bewaffnete Männer. Nachdem ein schlagzeugender Schuß auf den Inhaber abgegeben war, hielt man diesen und die Frau desselben mit vorgehaltenen Revolvern in Schach und raubte den Laden aus. Dann flüchteten die Raubgefallen in der Richtung Zinkstraße.

Zöbenbüren, 6. Dez. (Zwei schwere Unglücksfälle.) Auf der Durchreise nach Österreich befand sich ein Amerikaner in der Nähe der Lappender Brücke aus dem Zuge gestürzt. Man fand ihn neben dem Bahndamm mit schweren Kopfverletzungen und einem Schenkelbruch und brachte ihn zum Krankenhaus in Zöbenbüren, wo sich sein Zustand etwas gebessert hat, so daß Aussicht auf Genesung besteht. Nähere Angaben konnte der Berichterstatter jedoch nicht machen. Da der Unglückselige seine Verletzungen und eine größere Summe in österreichischen Kronen bei sich führte, ist an ein Verbrechen wohl nicht zu denken. Wahrscheinlich hat er sich in schlaftrunkenem Zustand in der Tür geirrt. — Der Arbeiter Simon aus dem Südböhmischen wurde beim Kartoffelholen auf dem Diden Berg von seinem mit einem Pferde bespannten Handwagen, der infolge der glatten Rollen geriet, gestürzt und fiel mit dem Kopf so unglücklich gegen einen Baum, daß der Tod bald darauf eintrat.

Badum, 15. Dez. (Wichtiges Geschäft.) Vor den Feiertagen hat ein hiesiger Metzgermeister F. Rindfleisch zu 80 Pfg. das Pfund in der „Badumer Volkszeitung“ ausgeschrieben. Das veranlaßte die anderen Metzgermeister, am Freitag das Fleisch zu 60 Pfg. herunter zu verkaufen, was F. meier bezog, das Fleisch teilweise zu 50 Pfg. pro Pfund abzugeben. Diese Preise hatten zur Folge, daß sämtliche Metzgerläden der Stadt in kurzer Zeit geräumt waren.

Mainz, 15. Dez. (Ein neuer Willkürakt der Separatisten wird festgestellt.) Am 15. November waren zwei Sekundanten in Frankfurt auf Anordnung des Amtsgerichts Hildesberg verhaftet worden, unter der Beschuldigung, daß sie der rheinischen Volksvereinschaft beigetreten seien. Die autonome Regierung der Pfalz hat nunmehr dem Amtsgericht Hildesberg die Auforderung gegeben lassen, die inhaftierten Schüler innerhalb 5 Tagen freizulassen. Sollten sie bis dahin in Frankfurt nicht eingetroffen sein, würden Verhaftungsmaßnahmen gegen rechtserhehliche Personen ergriffen werden.

Zur Finanzlage des Reiches.

Raut Botschafter Zeitung machte der westfälischen Finanzminister im Stuttgarter Verein der dem. Partei bemerkenswerte Ausführungen über die Finanzlage des Reiches. Danach müsse das Reich bis zur Bilanzierung des Etats mit 1200 Millionen Rentenmarkt auskommen, die ihm von der Rentenbank zur Verfügung gestellt würden. 550 Millionen seien bereits angewiesen, 400 Millionen schon in den ersten 14 Tagen verbraucht. Davon allein 100 Millionen für das besetzte Gebiet. Ohne die schleunige Durchführung des grundsätzlichen Abbaues des gesamten staatlichen und damit des Beamtenkörpers sei der Zusammenbruch der Finanzwirtschaft des Reiches unausweichlich. Der Finanzminister schloß aber mit der Versicherung, daß für das Verantwortungsgefühl und den zielbewußten Willen der leitenden Männer kein Zweifel bestehe, den lähmenden Pessimismus zu verdrängen.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag.

Neben die Grundlinien des am 8. 12. in Washington unterzeichneten Handelsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland erfahren wir folgendes: Die Grundlage des Vertrages bildet die Gewährung der beiderseitigen Mostbegünstigung. Der Vertrag geht über das rein wirtschaftliche Gebiet weit hinaus und greift auf Rechts, kulturelle und andere Fragen über. In dem Vertrage befinden sich u. a. folgende Punkte über Regelung einer Reihe von Niederlassungen, Übertragung von beweglichem und unbeweglichem Eigentum, Ausübung des Handels, des Gewerbebetriebs, Zulassung der Gründung von Gesellschaften, Beteiligung an ihnen und ihre Verankerung, die Aus-, Ein- und Durchfuhr, die Frage der Handelsgerichten und des Musterverkehrs. Einen integrierenden Bestandteil des Vertrages bildet ein eingehendes Konsularabkommen. Die Geltungsdauer des Vertrages ist 10 Jahre, vom Tage der Ratifizierung ab. Nach Verlauf dieser Zeit gilt eine einjährige Verlängerungsfrist.

Vereinfachtes Kontrollverfahren für den Warenverkehr des Ruhrgebietes.

(W) Unter den Anlagen des sogenannten Warenaustausches befindet sich ein Entwurf für Einrichtung eines vereinfachten Kontrollverfahrens für den Warenverkehr des Ruhrgebietes. Danach sollen angelegene Firmen, die von der Warenausgabe mit dem Auslande und dem unbefetzten Gebiet anstelle von Ein- und Ausfuhrbewilligungen und Zu- und Abfuhrbewilligungen Passierscheine zu benutzen. Solche Passierscheine sind zunächst vorgesehen als Ersatz für Ausfuhrbewilligung, für Abfuhrbewilligung und für Zulassungsbewilligung. Sie sollen aber auch für vorübergehenden Ablauf, für vorübergehenden Ablauf und für Einfuhr (aus dem Auslande) ausgegeben werden können. Die Passierscheine sollen in Banko den Firmen ausgehändigt werden. Die Ausstellung der Scheine erfolgt durch die Firmen selbst ihre Kontrolle durch die abfertigen Poststellen. Mit dieser Regelung soll den Firmen der Weg über die allgemeinen Bewilligungsstellen erspart werden. So die beabsichtigte Regelung bereits praktisch geworden ist, ist noch nicht bekannt, ebenso nicht, ob sie nur für die an dem Verträge beteiligten Firmen gilt, oder ob auch sonstige Firmen des besetzten Gebietes daran Teil nehmen können.

Der Separatisten Sonntag in Düsseldorf vor Gericht.

(W) Die Verhandlungen gegen die Angehörigen der Düsseldorf-Schulz-Polizei aus Anlaß der Vorfälle am Separatisten Sonntag beginnen am Montag, den 17. Dezember, 9 Uhr vormittags, im großen Saale des Ständehauses. Angeklagt sind 40 Personen, von denen die meisten im französischen Gefängnis in Verdorff sich befinden. Die Anklage ist gerichtet gegen den als gewöhnlichen Regierungspräsidenten Grühner, 9 Offiziere der Schutzpolizei und 24 Schutzbeamte. Mitangeklagt sind 3 Angehörige der städtischen Polizei, Stadtrat Reutken, Artillerie-Königs und Schlosser Engel. Die Anklage lautet auf Totschlag, Beihilfe zum Totschlag, Körperverletzung und Störung der öffentlichen Ordnung, sowie wissenschaftliche Anschuldigungen. Für die Verhandlungen sind mehrere Tage in Aussicht genommen, da auf ein umfangreiches Beweismaterial von Seiten der Anklage und der Verteidigung zu rechnen ist. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte van Houten aus dem Haag, Dr. Bräutigam-Düsseldorf, Dr. Voß-Dortmund und Dr. Grimm-Essen.

Die Separatisten der Pfalz

versuchen in der letzten Zeit, von den Bundesgemeinden Sozialabgaben für die neue separatistische Regierung zu erzwingen, teilweise unter vorgehaltener Welle und unter Androhung von Geldstrafen. So wurden im Bezirk Bergkamen und Bielefeld die Landbürgermeister vorgeladen, um von diesen unter versprochenen Drohungen Sozialabgaben zu erpressen. Es besteht Grund zur Annahme, daß die Erklärung an die Internationalen Rheinlandschmitts nach Koblenz weitergeleitet werden, um den Anlaß zu erwecken, als wenn die ganze Bevölkerung hinter den Separatisten stünde. Nebenher gehen die Ausweisungen bereits in die Drogenbe. Die Separatisten haben auch ein Standgericht in Speyer eingesetzt und sich dadurch die Justizhoheit angeeignet. Dieses Standgericht hat sogar schon ein Todesurteil ausgesprochen; allerdings wurde der Verurteilte dann zu Gefängnis und einer höheren Geldstrafe verurteilt. Den Separatisten kommt es eben hauptsächlich darauf an, Geld zu erpressen.

Die allgemeine Wirtschaftslage im Ruhrgebiet

hat sich nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung in diesen Tagen, als ein kleiner Teil der Belegschaften von einzelnen Betriebsverwaltungen wieder beschäftigt wird. Von einer wirklichen Verminderung der katastrophalen Erwerbslosigkeit kann aber kaum die Rede sein. Die Verhandlungen, die in Münster mit den Vertretern der preußischen Staatsbehörden über die Arbeitsregulierung auf den Staatsbergwerken aufgenommen wurden, hätten bisher nur die Unmöglichkeit ergeben, auf der bisherigen Grundlage weiter arbeiten zu lassen. Es sei beschlossen worden, alle Belegschaften wieder zur Arbeit zuzulassen mit der Einschränkung, daß nur vier Schichten wöchentlich verfahren werden und zwar jede Schicht zu acht Stunden unter Bezahlung der achten Stunde nur mit einem Siebtel des Tariflohnes. Dieses entpfehe den künftigen zustandekommenen Vereinbarungen des Betriebsverbandes mit den Arbeitgeberorganisationen.

Weitere Nachrichten.

— Großenfeuer. Dienstagabend brach in der Sprungfedernfabrik der Oberhiesischen Eisenindustrie in Gleiwiß ein bisher unbekannter Ursache ein großes Feuer aus. Die Fabrik wurde bis auf die Grundmauern vernichtet. Bei den Rettungsarbeiten sind zwei Feuerwehrleute zu Schaden gekommen. Der

Eine Verlobung

unter dem strahlenden

Weihnachtsbaum

gibt man Freunden, Bekannten und Verwandten am ersten bekannt durch eine Anzeige in der „Ramenen Zeitung“, die als gern gelesenes Familienblatt in alle Kreise der Stadt wie der weiten Umgebung bringt.

Anzeigen für die Weihnachtsnummer (Montag, den 24. Dezember) bitten wir schon jetzt aufzugeben.

Sachschaden ist erheblich. Durch die Vernichtung der Fabrik sind 300 Arbeiter beschäftigungslos geworden.

— 54stündige Arbeitszeit der Beamten. Das Reichsamt hat in seiner Sitzung die Arbeitszeit der Beamten auf mindestens 54 Stunden wöchentlich festgelegt.

Zu der Frage des Beamtenabbaues sind unzutreffende Nachrichten in die Öffentlichkeit gelangt. Wenn davon gesprochen wird, daß 25 Prozent der Beamten entlassen werden sollen, so ist die Ziffer zu hoch gegriffen. Es wird sich nur um 15 Prozent handeln, die in drei Staffeln entlassen werden sollen.

Kleine Nachrichten.

Am Berliner Lebensmittelmarkt gehen die Fleischpreise weiter herunter. Eine Anzahl von Fleischsorten bis zum ersten Male mit 750 Milliarden unter 1 Billion. Die Preise für Fett hielten sich auf dem vorgestrigen Niveau. Fische stellten sich etwas billiger als bisher.

Der Rottbunderat hat den die Saarfrage betr. Punkt der Tagesordnung zurückgestellt.

Vom 17. bis 24. 12. wird das Niederländische Rote Kreuz in ganz Holland eine Sammlung veranstalten, von deren Ergebnis zwei Drittel der notleidenden der uttische Bevölkerung und ein Drittel den in Deutschland lebenden notleidenden Holländern zugute kommen werde. Aus Rotterdam ist der erste Rote Kreuzzug nach Deutschland abgegangen, welcher Lebensmittel für die öffentlichen Küchen in Berlin und Gen im Werte von 55 000 Gulden mit sich führt. 8000 Kilogramm Kleider gingen mit demselben Zuge ab.

In England war am 3. Dezember die Zahl der Arbeitslosen um 2374 Köpfe gegenüber als in der vorhergehenden Woche und um 291 000 Köpfe geringer als am 1. Januar d. J. gewesen ist. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt 1 191 000 Mann.

Wärmemeldungen zufolge ist der Detektiv Pinkerton in Los Angeles gestorben.

Getreidepreise.

Dortmund-Hamm, 14. Dez. An der gestrigen Produktenbörse wurden folgenden Preise festgestellt (alles in Goldmark): Jnl. Weizen 8-2, incl. Roggen 7-7 1/4, incl. Hafer 6 1/2-7, incl. Gerste 8 1/2 bis 9, Weizen-Mais 10-11, runder Mais 10-11, Bädermehl 28-30, Weizenmehl 26-28, Roggenmehl 26-27, Weizenkleie 3-3 1/2. Die Preise verhielten sich per Zentner, bei Weizen der Doppelzentner frei Waggon ostwestfälischer Station.

Wirtschaftszahlen.

1 Goldmark	1 000 000 000 000
1 Goldpfennig	10 000 000 000
Gilber-Anlaufpreis	400 000 000 000
Dollar-Mittelkurs	4 210 000 000 000
Reichssteuer-Umrechnungsfaktor	
1 Goldmark	1 000 000 000 000
Steuerabzug-Multiplikator (18.-22. 12.)	650 000
Schabzug-Multiplikator	1 000 000
Reichsbankdiskont	90%
Großhandelsziffer (31. 12.)	1 274 500 000 000
Lebenshaltungsziffer (10. 12.)	1 289 000 000 000
Buchhändler-Schließzahl	1 100 600 000 000

Briefkasten.

Herrn W. hier. Ihr Eingekant kann nicht aufgenommen werden.

G. H. L. Der Brief ist zwar nicht näher begrenzt, doch bezeugen wir, daß Sie unter demselben fallen und damit der Ermäßigung teilhaftig werden. Nummer können Sie mal den Versuch machen und den Antrag stellen. Schlußfassen Sie bekommen. Sie eine Abgabe. H. B. 1. Schleiferei Rheinbaurbund. 2. Schleiferei Landarbeiter. 3. Landwirt. Genossenschaftsgesellschaft. 4. Landwirt. Inseta enthält für Schleifen. sämtlich in Bielefeld, ferner die Mitteldeutsche Zeitung in Schwerin. Lassen Sie sich eine Nummer. event. gegen Nachnahme, kommen.

Briefkasten.

18. Dez.: Wenig verändert.
19. Dez.: Raum verändert.
20. Dez.: Bielefeld Sonne, teils wolkl. Bielefeld kalt.
21. Dez.: Wenig verändert. Tags gelinde.

Praktisches Weihnachtsgeschenk.

MAGGI Würze

In großen Originalflaschen Nr. 6.

9292

Man achte auf unversehrten Plombenverschluß.



Unterhaltungs-Beilage
Kamener Zeitung für Stadt und Land

Die Falkner auf Lindenhöhe.

Namen von Mitgliedern
 des Reichstages

Weihnacht 1923.

„Ich glaube, daß Sie dem Kollegen Ver-
der ganzen Gesellschaft doch nur das Dilemma, das
keine eigene Meinung haben darf.“

„Das soll ihm nicht vergessen sein. Aber ist es denn schon gerettet? Warum Sie mit's überheblichen, wenn ich als meine teile Ueber-der-Professor mit Nachdruck. „Es ist keine

«Wir haben an ihre Stelle gesetzt»

„Liebste Gerda!

Vergiß, daß ich Deinen Brief erst heute
bekam. Es liegen schlimme Tage hin-
ter mir, Tage, an denen das Befinden des
Onkels es mir unmöglich machte, Deinetwegen
mit ihm zu sprechen. Aber die drohende
Gefahr ist, Gott sei Dank, vorüber, und ein
Schneller neuer Hoffnung macht uns alle
sehr glücklich. Er leuchtete auf in dem Augen-
blick, wo Doktor Demaid Gernerding, ein junger
Nierenbrunnen Arzt, als Vertreter unseres
erkrankten Sanitätsrats auf Einemüßige er-
schien. Er fand augenblicklich von Anfang
an unter dem Eindruck daß die bisherige
Behandlung unseres teuren Kranken nicht die
richtige gewesen sei. Auf sein dringendes
Verlangen mußte Woldemar Professor Gernann
hierherufen, und das Ergebnis der geistigen
gemeinsamen Untersuchung war, daß alle Aus-
sichten auf Genesung vorhanden sind. Wie
groß der Jubel und die Dankbarkeit meines
Vaters sind, brauche ich Dir nicht auszu-
sagen.

„Nicht übel, meine Herren: als Gefeßender fühle ich mich eigenlich kaum.“

„So weit sind wir auch noch nicht. Aber wir kennen jetzt mit einiger Sicherheit den Sitz und die Art Ihrer Krankheit; sie geschähe durch Mischungsverwechslung nicht zu denen, gegen die unsere Wissenschaft machtlos ist.“

"Immerhin ein Trost. Ich möchte Sie ja bitten, mir einen kleinen, maßvollen Vortrag über meinen Zustand zu halten, aber ich würde mich lieber mit dem Besessenen beschränken, denn ich würde nachher noch sehr leichtlich mit Klüger sein als vorher. Wenn ich gefunden werde, ist's gut. Und wenn ich sterbe, ist es auch gut. Die Ursache meines Abganges eines Menschen ist nicht die Ursache eines anderen. Eine Vertauschung: Haben Sie das schon für geistig normal?"

Er hing den erkrankten Muth auf, den die selben Aerzte getaucht hatten, und mit einem selbst borten zweifelte. Aber ich denke, Jobst erhebt sich mich etwas kräftiger fühle, gewisse Verhältnisse zu treffen, die möglicherweise da oben auch noch zu erhalten erregen. Es könnte geschehen, daß man sie nach meinem Tode angestrichen werden würde, und man wird zu dem Ende vielleicht befehlen, daß ich nicht mehr ganz zurechnungs- fähig gewesen sei. Es wäre mir eine Verhöhnung, zu wissen, daß Sie das Gegenteil betonen können."

„Für uns liegt jedenfalls kein Anlaß vor, um Ihrer vollen Berechnungsfähigkeit zu zweifeln, Herr Gaffner,“ sagte der Professor. „Auf Besienfunktionen übt Ihr Leiden nicht den geringsten Einfluß.“

„Schön. — Machen Sie sich darauf gefaßt, das eines Tages schriftlich geben zu müssen. Auf ein paar Wochen oder Monate habe ich also nach Ihrer Meinung noch zu rechnen. Das genügt mir vollkommen. Mit weitergehenden Vorbedingungen will ich Sie nicht belästigen.“

Daß Du Erbs' in
 keinem Wort erwähn'st, betrübt mich; hat er
 denn meinen Brief mit der Nachricht vom
 der schweren Erkrankung des Entels nicht
 erhalten? Da Du in Berlin bist, schreib Du
 doch gewiß, in Verbindung mit ihm. Ich
 bitte Dich, ihm zu sagen, daß ich über sein
 Schicksal sehr traurig bin. Habe ich mir doch
 seit Jahren vergesslich gesagt, was ich mir lo-
 gang entfremdete. Es gab eine Zeit — und
 nicht —, wo wir recht gute Kameraden waren.
 Darum ist Erbs' freundschaftlich verheirathet,
 weiß ich nicht; aber es muß wohl ein arges
 Vergehen gewesen sein, da er sie mir lo-
 zugeht. Wie gerne hätte ich Dir heute, daß
 mein Vater auch ihn verzeihen hat und ihn
 wiederzugesehen wünscht, aber mein Einfluß
 auf den Entel ist in diesem Fall nicht stark
 genug, seinen Willen zu überwinden. Das ist
 eine Aufgabe, die Dir vorbehalten bleiben
 muß. Liebes Gerda! Denn die letzten Tage von
 werden erst dann wiedersehen, wenn

Ungeduld brach hoffentlich gering gegen den
Sessmann, den er ihm verbunden wußte. Erge
bte ihm, sein Studierhäubchen mit der schönen
Muschel des Haares sei unangenehm geblie
ben, seitdem er es verlassen. Ich bestand
warte Kämpfe mit Rudolff, um zu erreichen,
daß sein Kleidungsstück im Garten bei der
erregten großen Umgestaltung verschont blieb;
bei dem ich Rudolff befragte, war
minals sehr ungehalten über mich. Über als
ich, wenn auch mit Zittern und Zagen,
meinen Trostloß aufstehe, gab er doch nach.
Um findet Erich wenigstens die Stätten, die
ihm die liebsten sein müssen, ganz so wieder,
wie er sie geruht in der Erinnerung bewahrte.
Und wenn ihn erst mal der süße Heimathaus
er umfliehet, wird sein harter Sinn sich
als die Nachsichtigkeit zeigen, mit der er
die Rückkehr in die Heimat vielleicht er
wünschten mußte. Ich frage Dir seinen Gruß
in ihn auf, denn ich fürchte, daß er ihn un
genügsamen sein würde; aber ich hoffe, Du
kannst mir, wenn Du erst einmal hier bist, recht
viel Gutes von ihm zu erzählen. Komme
bald, und sei in großer Wiedersehenshoffnung
nig unarnt von
Deiner getreuen Erka."

(16) $\text{Bun}^{\text{B}}\text{Bun}^{\text{B}}\text{Bun}^{\text{B}}$

Ein neuer Aufschwung der Handarbeitstechnik in der Frauen- und Kinderkleidung.

Die außerordentliche Beliebtheit, der sich alle getricke, gefärbte und filirte Frauenkleidung schon seit langen erfreut, nimmt gegenwärtig, begünstigt von der Mode, von neuem zu. Es waren wohl auch schon Zweckmäßigkeitsgründe, die jene dazu veranlaßten, sich wieder mit feineren Stoffen umgeben zu lassen. Die falsche Jahreszeit und Mangel oder Vertheuerung der Kleidstoffe, zwingen jedoch zum Tragen warmer Kleidung und Hüte und

Wie soll man im Winter die Vögel

füttern? Nicht im Schnee; das Futter geht zum großen Theil verloren und wird nicht verdorrt in einem Gefäß mit Brettfüchsen und auf dieses treue man Futter. Mangels Gefäßlich in der Nähe, so stelle man das Brett einmüßlich, aber man gebe acht auf Käsen. Wenn man neben das Brett einige Weiser setzen kann, so können die Vögel leichter fliegen, wenn die Käse ihnen nachheißt. Es ist Futter reise man nie Brot, welches schon alt ist. Wenn Brot naß wird, wird es verderben. Man muß auch die Futterkücher, und Vögel gehen daran zugrunde. Das Futter muß nicht zu viel sein, sondern nur so viel, d. h. ausrückliche Futter für einen Tag, und die Futterkücher für einen Tag.

Wohn- und Vorratsräume.

Der feuchte Sommer, der Herbst, der Winter, in Sonnenhitze und Wärme hat uns nicht in einem erheblichen Zeit des Enters, was es betrogen, sondern bewirkt auch, daß die Vorräte in höherem Grade als sonst zu Verderben neigen und schwerer als in anderen Jahren gegen allerlei Feinde zu wehren sind. So müssen sich gerade jetzt die Sägen über Milben, jene wenig feinen Lebewesen, die sich in allen unseren Mehlvorräten, in Säcken und in anderen Formen der Nahrung, in allen Arten von Getreide, in allen verarbeiteten und eingelegten Früchten befinden, und wenn in großer Menge vorhanden, nicht in Nahrungsmittel ungenießbar machen, sondern sogar Gesundheitsstörungen hervorruft können. Wegen ihrer Kleinheit werden sie meist nicht wahrgenommen, wenn sie in Mengen in den Vorräten auswandern, als wenn sie in großer Masse zu Tausenden und Abertausenden an ausatmungslosen Gegenständen und Möbeln unserer Wohnungen und dann den Hausfrauen als „schwere Staub“ erscheinen. Da sie als Hausflöhe sehr häufig und schwer zu bekämpfen sind, möchte ich auf dieselben auch auf vereinnelt, nicht als kleine, weiße bewegliche Würmchen, sondern auf unseren Untergrund gerade noch mit dem Auge wahrzunehmen werden können.

Ein gutes Buch ist das schönste Weihnachtsgeschenk!

Unser Lager in

Bilderbüchern • Jugendschriften

und

Werken der modernen Literatur

ist neu ergänzt und empfehlen wir, den Bedarf rechtzeitig zu decken.

Buchhandlung der Kamener Zeitung.



Die im Laufe des Monats November ausgegebenen Gutscheine, welche zur Bezahlung unserer November-Rechnungen verwandt werden müssen, werden z. Bt. durch unseren Kassensboten eingelöst.

Vorauszahlungen für den Monat Dezember (wertbeständige Gutscheine) werden täglich vorm. von 9-12 Uhr, Schlachthofstraße 47, entgegengenommen. 3299

Kamen, den 17. Dezember 1923.

Städt. Betriebswerke.

Mutterberatung Kamen.

Im Wohlfahrtsgebäude am Klosterweg, Dienstag, den 18. Dezember, nachm. 4 Uhr.

Weihnachts-Anzeigen

finden in der

Kamener Zeitung

der gelesensten Zeitung der Stadt Kamen u. Umgegend
wirksamste Verbreitung.

Herzliche Weihnachtsbitte der
Krüppelanstalten, Volmarstein in
Westfalen.

Es warten die Freunde vom Krüppelheim, Gewiß schon längst auf den Weihnachtsreim. Hier kommt er. O leih mir ein willig Ohr Und starrt mir den Mut, den ich selbst verlor.

Die Sorge ist heut' unser täglicher Gast. O helfet mir tragen die schwere Last! Ihr wißt, was wir brauchen, jahraus, jahrein: Viel Schuhe und Strümpfe und Hemden rein, Viel Kleider und Spielzeug für unsere Kinder Und Tabak und Süßes für alle Mäuler. Das Feß der Liebe möchte ja allen Vereinten Freude und Wohlgefallen. Kann Euer Herz noch vor Liebe brennen? Soll ich der Liebe „Reizgiffer“ nennen? Uns war Eure Liebe stets wert wie Gold! Den „Goldkurs der Liebe“ nun wählen Ihr sollt!

Was Ihr den Armen in Liebe beschenkt, Das leget Ihr an in beständigem Wert.

Für jede Gabe ist von ganzem Herzen dankbar!

Pastor Victor,
Leiter der Krüppelanstalten.

Postfachkonto: Amt Köln Nr. 29490.

Ein passendes Weihnachts - Geschenk

ist ein wert-
beständiges Sparbuch
der Städtischen
Sparkasse Kamen.

Kalender 1924

empfiehlt die

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Weihnachtsbitte

der Anstaltskinder in Schweicheln.

Je tiefer die Welt versinkt im Leide,
Je brennender wird unser Durst nach Freude,
Nach Weihnachtsfreude und Weihnachtslicht.
Ihr Freunde, vergeht uns Schweicheler nicht.
Gebt, was Ihr könnt, und war' es noch so klein,
Die Armut lara sich auch am kleinsten freun.

Geld- und Gabensendungen für 300 arme Kinder und Jugendlichen, die aus bitterer Not kommen, erbittet

Pastor J. Büchel, Schweicheln bei Herford
Postfachkonto: Ev. kirchl. Erziehungs-Verein
der Provinz Westfalen, Hannover Nr. 14127.

Ein Waggon

Kartoffeln

eingetroffen; ebenfalls prima
Winter-Dauer.

Weiß- und Rottkohl

zentnerweise billigt abzugeben.

Karl Becker

Offstraße 24. Fernruf 158.

Für Winterabende
empfehlen wir

Gesellschaftsspiele

für Jung und Alt.

Buchhandlung der
Kamener Zeitung,

Weststraße Nr. 10.

Vertikow, Kleiderschrank,
Ausziehtisch, Kommode,
Hochstühle, Spiegel, engl.
Bettstellen, 3 Zimmeröfen,
1 Federbett preiswert zu ver-
kaufen. Teilzahlung gestattet.
F. Blume, Schillstraße 5.

Damen-Mantel und Wäge

zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsst.

Für den Vertrieb unserer west-
fälischen Kartoffeln und
Schwedenpumpen ab unseren
Provinziallagern suchen wir in
allen Städten

rührige Orts-Vertreter

welche bereits längere Zeit erfolg-
reich in der Branche tätig waren.
H. Malmström & Co., G. m.
b. H., Güterweg, Zentrale Ver-
lin, Landsbergerstraße Nr. 108.

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von
Pastor Felix Heilweil
Anna, Bahnhofstr. 49
Sprechstunden: Dienstag und
Freitag von 9 bis 6 Uhr.

Bestellungen

auf die „Kamener Zeitung“ werden
jederzeit von den Boten und in der Ge-
schäftsstelle d. Zeitung entgegengenommen.

Jeder Abonnent hat entsprechend den auf-
liegenden Bedingungen Anspruch auf die kostenlose
Unfall-Unterstützung.